

HANS P. WIDMAIER

# Demokratische Sozialpolitik



**Mohr Siebeck**

Hans Peter Widmaier  
Demokratische Sozialpolitik





# Demokratische Sozialpolitik

Zur Radikalisierung des Demokratieprinzips

von

Hans Peter Widmaier

Mohr Siebeck

HANS PETER WIDMAIER: Geboren 1934; Studium der Staatswissenschaften, Soziologie und Psychologie an der Universität Basel; 1961 Promotion; 1961–64 Mitarbeiter bei der OECD Paris; 1966 Habilitation; seit 1968 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg; Gastprofessuren in Edinburgh, Klagenfurt, Wien, FU Berlin, Stanford/USA.

Gefördert von der Volkswagen-Stiftung.

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Widmaier, Hans Peter:*

Demokratische Sozialpolitik : zur Radikalisierung des Demokratieprinzips /

Hans Peter Widmaier. – Tübingen : Mohr Siebeck, 1999

ISBN 3-16-147144-X

eISBN 978-3-16-163179-5 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

© J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1999.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde belichtet aus der Bembo Antiqua von Computersatz Staiger in Pfäffingen, gedruckt von der Druckerei Gulde in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Weissenstein in Pforzheim und gebunden von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen.

## Vorwort und Dank

Dieses Buch entstand in den 90er Jahren aus der intensiven Zusammenarbeit mit Studenten der Universität Regensburg. Dabei wurde ich in besonderer Weise unterstützt von meinem langjährigen Mitarbeiter Herrn Dipl.-Volkswirt Christian Wichert, der Vorlesungen, Übungen und Seminare aufmerksam begleitete. Bei der Erstellung und Bearbeitung des Manuskripts sorgte er durch stetige Mitarbeit und konstruktive Kritik für eine wertvolle Kooperation. Meiner Kollegin am Lehrstuhl, Frau Dr. Regine Heidenreich, danke ich für eine sorgfältige und kritische Durchsicht des Manuskripts. Darüber hinaus haben zeitweise Herr Dipl.-Volkswirt Tim Johnston, Herr Dipl.-Volkswirt Florian Obermayer und Herr Dipl.-Kaufmann Kai Schulz an der Entstehung des Buches produktiv mitgewirkt. Frau Martina Kraus-Pietsch hat die Manuskripte sehr sorgfältig am Computer bearbeitet und in eine verlagsreife Form gebracht. Herzlicher Dank auch dafür.

Wesentliche Unterstützung erhielt ich durch eine ständige Gastprofessur in dem Jahrzehnt von 1989 bis 1999 an der Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University, California. Dort war es insbesondere der Historiker Prof. Lewis Gann, der mich immer wieder freundschaftlich ermunterte und in vielen Diskussionen betonte, daß das historische Element in der Auseinandersetzung mit sozialpolitischen Fragen eine wichtige Rolle spielt. Auch Prof. Kurt Leube, California State University, Hayward, und Hoover Institution, Stanford, wurde nicht müde, mit mir über das Hayeksche Thema der Selbstorganisation zu diskutieren.

Ausgangspunkt ist mein Buch »Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat« (1976). Wichtige Elemente der Bürokratiediskussion habe ich im Rahmen eines Beitrags zur Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik von 1873) in Hamburg im September 1988<sup>1</sup> vorgestellt.

---

<sup>1</sup> Vgl. WIDMAIER/BLIEN 1990.

Eine weitere Auseinandersetzung mit den Thesen erfolgte bei drei Workshops des Instituts »Ökonomie und Soziales Handeln« an der Universität Bremen im Februar 1994, Februar 1995 und Februar 1996<sup>2</sup>. Ein fast zehn Jahre währendes Forum bot die von Herrn Dr. Held und Herrn Prof. Biervert organisierte Veranstaltungsreihe »Normative Grundfragen der Ökonomik« an der Evangelischen Akademie Tutzing<sup>3</sup>. Vielen der dort Beteiligten gebührt mein besonderer Dank.

Schließlich wurde die Entstehung des Buches durch ein Akademie-Stipendium der Volkswagen-Stiftung wesentlich gefördert.

Mein Verleger, Herr Georg Siebeck, hat erste Entwürfe der Texte kritisch durchgesehen und die daraufhin völlig überarbeitete Fassung des Manuskripts für die Publikation eingerichtet. Dafür danke ich ihm sehr.

Meiner Frau Elsbeth Widmaier-Wildi danke ich schließlich von Herzen für die vielen Diskussionen und ihre liebevolle Unterstützung meines Vorhabens: so war es möglich, das Buch noch in diesem Jahrtausend fertigzustellen.

Hans Peter Widmaier

---

<sup>2</sup> Vgl. WIDMAIER/WICHERT 1995, WIDMAIER 1996 und WIDMAIER/WICHERT 1997a.

<sup>3</sup> Vgl. WIDMAIER/WICHERT 1997b.

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Dank . . . . .	V
Einleitung: Soziale und Demokratische Frage . . . . .	1

### 1. Kapitel

#### Paradigmen der Vergesellschaftung

I. Die okzidentale Sonderentwicklung des Wirtschaftens . . . . .	13
Die Verweltlichung des Kontraktstaatsgedankens – Das Recht als rationales Steuerungsmedium – Die Ablösung des Bedarfsdeckungsprinzips durch das Erwerbsprinzip – Sozial- gesetzgebung als professionalisierte Anwendung des Steuer- ungsmediums Recht	
II. Die zwei Deutungen Max Webers . . . . .	22
Die Zweckrationalität und das »Teufel-Beelzebub-Dilemma« – Determinanten des selektiven Musters gesellschaftlicher Rationalisierung – Entwicklung von Bürokratie und Hierar- chie in Staat und Großkonzernen – Die Entfaltung demo- kratischer Strukturen	
III. Die soziale Frage als zentrales Thema der demokratischen Frage . . . . .	31
Die Umwelt des Individuums als Ermöglichung von geleb- ter Demokratie – Paradigmenwechsel – Der dialogische Raum – Dialogik als Entdeckungsverfahren	



## 2. Kapitel

## Bürokratie als rationale Herrschaftsausübung

I. Die Bürokratie in ihrem historischen Entwicklungsprozeß . . . . .	43
Der okzidentale Rationalisierungsprozeß und die Rolle der Bürokratie – Der Herrschaftscharakter der modernen Büro- kratie – Die gesellschaftliche Bedeutung der Bürokratie – Die Ergänzung der legalen Herrschaft durch Demokratie	
II. Die Bürokratie in der Analyse der Neuen Politischen Ökonomie . . . . .	64
Die »Bürokratie« und ihre Aufgaben – Die Verhaltensannah- men für die Bürokraten – Das Innenverhältnis der Bürokrati- e – Das Außenverhältnis der Bürokratie	
III. Die politische Kontrolle der Bürokratie . . . . .	120
Effizienzkontrolle – Wege aus dem »Gehäuse der Hörigkeit« – Die Gegenkräfte der Selbstorganisation	

## 3. Kapitel

## Gemeinschaftshandeln ohne Herrschaftsausübung

I. Mancur Olsons Logik kollektiven Handelns . . . . .	123
Ökonomische Theorie des Gruppenhandelns – Das Olson- Dilemma – Eine Typologie der Interessengruppen – Verhal- tensmotive und der Begriff der Rationalität	
II. Erweiterungen im ökonomischen Paradigma . . . . .	128
Gruppenbeziehungen als marktanaloge Austauschverhältnis- se – Die Angebotsseite der selektiven und kollektiven Güter – Austauschmodell und Verteilungsregel – Präferenzdifferen- zierung in der heterogenen Gruppe – Abwanderung, Wider- spruch und Loyalität – Das Verhalten in Nicht-Standardsit- uationen	

III. Über das ökonomische Paradigma hinaus . . . . . 146

Von der zweifachen Logik zu den »Multi Logics« – Jenseits des Interessengruppenstereotyps – Die internen Prozesse der Organisationen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband – Nochmal: »Two Logics of Collective Action« – Die Bedeutung von Solidarität – Kleingruppenexperimente in Laborsituationen – Die Bedeutung von Kommunikation innerhalb der Gruppen

4. Kapitel

Demokratische Sozialpolitik

I. Zwei Paradigmen . . . . . 185

Cartesianismus versus Dialogik – Anthony Downs' Ökonomische Theorie der Demokratie – Grenzen der Theorie von der Konkurrenzdemokratie – Die politischen Parteien und die Rolle des Vertrauens in der parlamentarischen Demokratie – Zur Verfassungsökonomik – Vertragstheoretische Interpretationen der Demokratie

II. Partizipation . . . . . 210

Begriff und Inhalt demokratischer Partizipation – Menschenrechte und Zivilgesellschaft – Der Zusammenhang zwischen demokratischer und sozialer Frage

III. Dialogische Sozialpolitik als Prüfstein der Demokratie . . . . . 215

Kultur- und demokratietheoretische Begründung sozialer Bedürfnisse – Dialogik als neues Denken in der Sozialpolitik – Selbsthilfegruppen als Modell der Partizipation

Zusammenfassung und Schluß. . . . . 236

Epilog . . . . . 242

**Exkurs**

Selbsthilfe in Deutschland und den USA . . . . .	243
Selbsthilfe in Deutschland – Leistungen und Aktivitäten von Selbsthilfegruppen – Selbsthilfe und Demokratie – Die kleine Gruppe in der sozialen Bewegung. Ein Musterbeispiel aus USA – Gemeinschaft durch Selbsthilfe – Theorie und Praxis – Anhang: Ein Modell des dialogischen Raumes	
Literaturverzeichnis . . . . .	257
Personenregister . . . . .	271
Sachregister . . . . .	274

»Die soziale Frage wurde ausschließlich auf die Frage:  
›Staatshilfe oder Selbsthilfe‹ zugespitzt.«<sup>4</sup>

## Einleitung

# Soziale und Demokratische Frage

In Zeiten leerer Kassen und eines zunehmend internationalen Wettbewerbs der Standorte stellt sich die Frage, wie die *sozialpolitischen Bedürfnisse der Individuen*, die im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung entstehen<sup>5</sup> und deren Berücksichtigung Voraussetzung des Wirtschaftens ist<sup>6</sup>, kostengünstiger zu befriedigen sind. Die Lösungsvorschläge liegen innerhalb eines durch die effizientere Sicherung bestimmter Leistungsniveaus, die Senkung bestimmter Anspruchsniveaus und die Privatisierung bestimmter Risiken aufgespannten Raums. Sie setzen also jedenfalls an den bewährten staatlich regulierten Strukturen an. Diese Diskussion läßt *erneut* sozialpolitische Bedürfnisse als Folge der langfristigen Wirkungen der Herrschaftsverhältnisse<sup>7</sup> an sich und in ihrem Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung außer Betracht. Normierung, Monetarisierung und Zentralisierung von Sozialleistungen sind die legalen Instrumente einer bürokratischen Zweckrationalität, deren wahrer rationale Komponente *derzeit* primär durch das Ziel gesamtwirtschaftlicher Effizienzsteigerung programmiert ist. Wieder ist die *Art und Weise* der Befriedigung sozialpolitischer Bedürfnisse sowie deren Rückwirkung auf das ökonomische Subsystem der

---

<sup>1</sup> Vgl. WIDMAIER/BLIEN 1990.

<sup>2</sup> Vgl. WIDMAIER/WICHERT 1995, WIDMAIER 1996 und WIDMAIER/WICHERT 1997a.

<sup>3</sup> Vgl. WIDMAIER/WICHERT 1997b.

<sup>4</sup> TÖNNIES 1913<sup>2</sup>, S. 117.

<sup>5</sup> Vgl. WIDMAIER 1976, S. 51 f.

<sup>6</sup> Vgl. WIDMAIER 1976, S. 48 ff.

<sup>7</sup> Vgl. WIDMAIER 1976, S. 52 f.

Diskussion weitgehend entzogen. »Durch die systematische Ausblendung sozialer, solidarischer und umfassend partizipatorischer Elemente erreicht der Wohlfahrtsstaat seinen eigenen Anspruch nur bedingt.«<sup>8</sup>

Die durch die Säkularisierung der Legitimationsquellen von Herrschaft angezeigte kulturelle, gesellschaftliche Rationalisierung – d.h. die Abnahme eines normativen gesellschaftlichen Hintergrundkonsenses sowie die zunehmende Komplexität von Gesellschaft – macht dem jeweiligen phylogenetischen Rationalitätsniveau entsprechende Koordinationsleistungen *funktional* notwendig. Für die staatliche Bürokratie führt diese Entwicklung zum Primat des Rationalitätskriteriums der Legalität. Sachliche Unpersönlichkeit und Regelgebundenheit spiegeln den legalen Charakter der bürokratischen Mittelrationalität am augenfälligsten. Der funktional notwendige *Legalitätsglaube* der Herrschaftsunterworfenen setzt aber auch der wahlrationalen Komponente bürokratischer Zweckrationalität, d.h. den vom politischen Subsystem vorzugebenden Maßnahmen und damit den dahinterliegenden Zielen *inhaltliche* Grenzen.<sup>9</sup>

Einerseits ist also der legale Charakter bürokratischer Herrschaft – als ein dem gegenwärtigen Rationalitätsniveau angemessener Herrschaftstypus – positiv zu werten. Andererseits präjudiziert dieser legale Charakter aber eben auch die Perspektive, die *Art und Weise*, in der individuelle Bedürfnisse gleich welchen Ursprungs sozialpolitisch in Betracht kommen. *Individuelle* Bedürfnisse werden über *abstrakte* Tatbestandsmerkmale vereinheitlicht und einheitlich befriedigt. Die der Zweckrationalität eingeschriebene objektivierende Betrachtungsweise ist aber nur sinnvoll in Anschlag zu bringen, wenn die vor dem Hintergrund *gebener* Präferenzen, Mittel und Randbedingungen abgeleiteten Maßnahmen auch von den Klienten als *problemadäquat* erachtet werden. Tatsächlich bleiben aber individuelle soziale Bedürfnisse, die entweder schon bei der Rekonstruktion dieser Perspektive durch die Politik keine Berücksichtigung finden oder deren Befriedigung durch die der Sozialstaatsbürokratie zur Verfügung stehenden Mittel nicht oder nicht vollständig gelingt, außen vor.

Individuelle Bedürfnisse, die im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung entstehen und deren Befriedigung Voraussetzung des Wirtschaftens ist, die aber vermittels sozialbürokratischer Herrschaft gar

---

<sup>8</sup> Vgl. WIDMAIER 1976, S. 86.

<sup>9</sup> Vgl. WIDMAIER/WICHERT 1995, S. 152 ff.

nicht oder nur problemadäquat berücksichtigt werden (können), wirken negativ auf das ökonomische Subsystem zurück. Sie werden in dieser objektiven Wertsphäre zu Bedingungen ökonomischer Effizienz. Das ökonomische Rationalitätskriterium der Effizienz ist ein Rationalitätskriterium der objektiven Wertsphäre. Die *nicht-intendierten* Nebenfolgen sozialbürokratischer Herrschaft, die ihren Ursprung in der Verletzung individueller normativer oder expressiver Bedürfnisse der Klienten haben, werden hier zur *objektiv gegebenen Voraussetzung* der Anwendung des Rationalitätskriteriums der Effizienz – auf individueller wie gesellschaftlicher Analyseebene. Mit ihnen ist zu rechnen.

Der *erste* Abschnitt des folgenden ersten Kapitels dient primär der Skizzierung eines Begriffsapparates, der diese Problemstellung zu erfassen in der Lage ist und deren Relevanz erweist. Er beschreibt kurssorisch die Genese des modernen okzidentalen Weltverständnisses. Das spezifisch Okzidentale dieser Entwicklung liegt in der Selektivität des Musters der gesellschaftlichen Umsetzung eines zunehmenden kulturellen Rationalitätspotentials, das sich in der fortschreitenden Ausdifferenzierung der kognitiven, normativen und expressiven Bestandteile der Kultur auf der Ebene der Bewußtseinsstrukturen äußert. Damit verweisen aber sowohl der historische Prozeß der Herausbildung des zweckrationalen Rationalitätstypus auf der Ebene der Bewußtseinsstrukturen als auch derjenige seiner Etablierung als ein gesellschaftliches Strukturprinzip direkt auf das wertrationale Komplement. Der erste Abschnitt endet dann auch mit der Frage nach dem Schicksal wertrationaler Orientierungen: Sind – vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Rationalisierung, dem Wechselspiel von Bewußtseinsstrukturen und Institutionen – normative und expressive Wertsphäre kollabiert?

Eine derartige Diagnose ist nachvollziehbar, wenn sich moderne Gesellschaften nicht nur in der Terminologie einer individuell gewendeten zweckrationalen Teilnehmerperspektive beschreiben lassen, sondern anhand ihres Begriffsapparats auch das Funktionieren zu erklären ist. Dagegen plausibilisiert der *zweite* Abschnitt des ersten Kapitels, daß eine – auf der Basis *stets* kontingenter individueller Nützlichkeitsbewertungen und damit als nicht an sich intendierte Nebenfolge – eintretende Handlungs koordinierung die Integration der Gesellschaft nicht zu erklären vermag.

Der *dritte* Abschnitt befaßt sich mit der Frage, ob als Ergebnis des Prozesses der selektiven Umsetzung des kulturellen Rationalitätspotentials in die Institutionen einer ökonomisch konstituierten Klassen-

gesellschaft eine Gesellschaftsformation entsteht, die anderen als – aus der Teilnehmerperspektive – utilitaristisch, letztlich also kontingent deutbaren, objektiv aber durch die ökonomische Zweckrationalität determinierten Orientierungen keine Reproduktionsstätten mehr bietet. Die Skizzierung der gesellschaftlichen Rationalisierung seit 1871 deutet zwar auf eine zunehmende quantitative wie qualitative Bedeutung des zweckrationalen Rationalitätstypus als institutionelles Strukturprinzip hin. Jedoch wird weder die bürokratische durch die ökonomische Wahlrationalität ausgelegt, noch können sich Ökonomie bzw. Bürokratie gegenüber wertrational programmierten Randbedingungen bzw. politisch vermittelten wertrationalen Orientierungen emanzipieren. Vielmehr verdeutlicht dieser Abschnitt die »Zufälligkeit«, die Selektivität des eingetretenen Musters gesellschaftlicher Rationalisierung.

Der *vierte* Abschnitt begründet die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels und formuliert die Anforderungen, die an ein alternatives Deklinationsmuster zu stellen sind.

Der *fünfte* Abschnitt des ersten Kapitels umreißt deshalb für den Bereich der Sozialpolitik zum einen ein *dialogisches* Paradigma<sup>10</sup>, das neben den kognitiven auch die normativen und expressiven Bedürfnisse der Persönlichkeit in ihrem Eigenrecht zur Geltung bringt, zum anderen die idealtypischen Bedingungen, die für die Entfaltung dieses Rationalitätspotentials erfüllt sein müssen. Über die kognitive Bewußtseinssphäre der Teilnehmer behält dieses Paradigma einen direkten Bezug zum objektiven Rationalitätskriterium der Effizienz – in Form »objektiv« richtiger oder subjektiv zweckrationaler Argumente. Diese Argumente werden zu solchen der normativen Richtigkeit und expressiven Wahrhaftigkeit relationiert.<sup>11</sup> Das Ergebnis eines derartigen, aus der Perspektive eines virtuellen Teilnehmers rekonstruierbaren Prozesses gibt dann – eingedenk der *inhaltlichen* wie *instrumentellen* Beschränkungen, denen bürokratisches Handeln unterliegt – Aufschluß darüber, *ob* und gegebenenfalls in welcher *Art und Weise* der Staat einen Beitrag zur Befriedigung individueller sozialer Bedürfnisse leisten *kann*. Die Wiederbelebung von Solidarität und Partizipation im Bereich der Formulierung und Befriedigung sozialer Bedürfnisse steht nicht von vornherein im Gegensatz zu den Erfordernissen einer Effizienzsteigerung des ökonomischen Subsystems.

<sup>10</sup> Vgl. z.B. GOLDSCHMIDT 1964.

<sup>11</sup> Vgl. KATTERLE 1991.

*Methodologisches*

Den Ausgangspunkt für meine Überlegungen zu einer Theorie der Sozialpolitik bildet mein Buch »Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat«<sup>12</sup>. Neben einer ökonomistischen Logik der politischen und ökonomischen Institutionen des Wohlfahrtsstaates werden dort die Grundrisse einer Theorie der Entstehung sozialpolitischer Bedürfnisse als Voraussetzung und im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der langfristigen Wirkungen der Herrschaftsverhältnisse deutlich. Die von einem konkreten phylogenetischen Rationalitätsniveau an sich unabhängigen Bedürfniskategorien werden durch die systemischen Imperative der ökonomisch konstituierten Klassengesellschaft inhaltlich und formal vorinterpretiert. Damit wird zwar prinzipiell sowohl die motivbildende Kraft von – der Logik des Kapitalismus gehorchenden – Institutionen als auch die in dieser Hinsicht formal begrenzte institutionenbildende Kraft der Motive – wie am Beispiel der modernen Bürokratie ablesbar – anerkannt. Jedoch finden Form und Geist solchermaßen entstandener Institutionen ihre Grenze am ökonomischen Imperativ der Effizienz des Systems. Das Ergebnis ist einerseits die Konditionierung des Menschen zum homo oeconomicus, da sowohl auf der Ebene der Bewußtseinsstrukturen als auch auf der der Gesellschaft die systematischen Reproduktionsstätten wertrationaler Orientierungen kollabieren. Andererseits wird dieser Prozeß jedoch für grundsätzlich umkehrbar gehalten.

Folgerichtig stellt mir Viktor Vanberg<sup>13</sup> zunächst die Frage nach einem Begriffsapparat, anhand dessen die Entwicklung des und Unterschiede im phylogenetischen Rationalitätsniveau systematisierbar sind. Auf der gesellschaftlichen Analyseebene verlangt er im Anschluß an die Entfaltung dieses Hintergrundes unter kapitalistischem Vorzeichen zunächst eine Klärung der Handlungsbedingungen, die Verhaltensformen wie Solidarität und Kooperation verstärken oder löschen. Hier ist für Vanberg abschließend auch die Legitimationsgrundlage für die Inanspruchnahme dieses »Erziehungsauftrages« durch Dritte nicht ersichtlich.

Die Studie »Sozialpolitik der Volksrepublik Polen seit Gierek«<sup>14</sup> stellt eine Anwendung der vorhandenen Elemente meiner Theorie

---

<sup>12</sup> Vgl. WIDMAIER 1976; vgl. LAMPERT 1996, S. 134.

<sup>13</sup> Vgl. VANBERG 1978, S. 667 ff.

<sup>14</sup> WIDMAIER et al. 1983.



der Sozialpolitik auf den Untersuchungsgegenstand Polen dar und ist vor dem Hintergrund unserer heutigen theoretischen Position sowohl empirisch als auch theoretisch als Vorarbeit einzustufen. Interessanterweise finden sich hier bereits systematische Überlegungen zur Entstehung von Sozialpathologien<sup>15</sup>, die ich heute im Sinne einer Unterscheidung zwischen sozialer Integration und Sozialisation deute.

Der theoretische Fehdehandschuh Vanbergs wird implizit erst im Rahmen der Analyse des polnischen Transformationsprozesses aufgenommen. Angeregt durch meinen Text »Demokratische Sozialpolitik und Arbeitslosigkeit«<sup>16</sup> erfolgt in der Konsequenz die Betrachtung der polnischen Systemtransformation als ein Problem nationaler Sozialpolitik.<sup>17</sup> Geht es zunächst noch um die Folgen des schockartigen Beitritts Polens zur Weltwirtschaft – Entwertung des Kapitalstocks und des Humankapitals im Hinblick auf Hysteresis und Persistenz –, so steht die daran ablesbare zeitgleiche Infragestellung etablierter Strukturen des wirtschaftlichen, politischen und sozio-kulturellen Bereichs im Vordergrund des zweiten Textes. Obwohl jetzt richtig erkannt wird, daß Vorschläge, die theoretisch auf ein zweitbestes Optimum abzielen, nichts über den Zustand der Sozialintegration aussagen, werden die hierfür zuträglichen Bedingungen letztlich ad hoc eingeführt und ökonomistisch reformuliert. Die ökonomische Perspektive eines aufgeklärten Beobachters wird nicht aufgegeben. Tatsächlich bleiben also individuelle soziale Bedürfnisse, die entweder bei der wissenschaftlichen Konstruktion dieser Perspektive keine Berücksichtigung finden oder deren Befriedigung durch die dem politischen Handlungssystem zur Verfügung stehenden Mittel nicht oder nicht vollständig gelingt, außen vor.

Es ist der Charakter des Problems, der die Überlegungen schließlich in die von Vanberg vorgegebene Richtung zwingt. Erste methodologische Reflexionen zur Kritik an der individuell-utilitaristisch gewendeten Zweckrationalität als genereller Verhaltenshypothese sowie eine unter diesem Vorzeichen beginnende Kritik an der ökonomischen Theorie der Bürokratie, des kollektiven Handelns und der ökonomischen Theorie der Demokratie<sup>18</sup> lösen die von Viktor Vanberg aufgeworfenen Probleme ansatzweise.

---

<sup>15</sup> Vgl. aaO., Bd. 1, S. 166 f.

<sup>16</sup> WIDMAIER 1992.

<sup>17</sup> Vgl. WIDMAIER/SCHULZ-NIESWANDT 1994.

<sup>18</sup> Vgl. WIDMAIER 1994.

Sowohl die Frage nach den Handlungsbedingungen, deren Existenz solidarische oder kooperative Verhaltensformen verstärkt bzw. deren Fehlen sie löscht, als auch diejenige nach der Berechtigung, mit der eine Verhaltensänderung gefordert wird – dem »pädagogischen Mandat« –, wird schließlich durch die Struktur des dialogischen Raumes beantwortet.<sup>19</sup> Ausgangspunkt der Überlegungen ist ein bestimmtes phylogenetisches Rationalitätsniveau, zu dem die Aspekte der objektiven Wahrheit von denjenigen der normativen Richtigkeit und expressiven Wahrhaftigkeit für die Teilnehmer unterscheidbar sind. Ist damit das jüdisch-christliche Erbe der Gleichheit des Menschen vor Gott säkularisiert, muß der vormals transzendente Ursprung verpflichtender Gebote durch einen immanenten Geltungssinn ersetzt werden.<sup>20</sup> Ist dem Individuum einerseits die Idee der Gleichheit seiner Rechtsgenossen vertraut und hat andererseits die Geltung von Normen und Werten ihren Ursprung im Bewußtsein des Individuums, so bemißt sich die Legitimität eines politischen Gemeinwesens ganz allgemein an der Chance zu deren Artikulation durch den Bürger.

Hat die Gefolgschaft gegenüber einem aus einer Wertekonstellation bzw. Norm abgeleiteten Diskussionsergebnis unmittelbare Geltungskraft durch die intersubjektive Anerkennung der Wertekonstellation bzw. Norm, so muß die Legitimität des Resultats für diejenigen Individuen, die die Wertekonstellation bzw. Norm ablehnen, über das Verfahren gewährleistet werden. Der relative Charakter der *conditio sine qua non* ergibt sich also aus dem Erfordernis der simultanen Gewährleistung von aktiver und passiver Freiheit – Spielraum für die Durchsetzung eigener Wünsche und Freiheit von Eingriffen seitens Dritter. Daraus folgt zwingend, daß Zugangsbeschränkungen zu einem dialogischen Raum für diejenigen, die es angeht, nicht dauerhaft existieren können. Fortgesetzt rein interessengeleitetes Handeln wird sich so für die Teilnehmer durch die Verletzung der Legitimationsbedingungen selbst identifizieren.

Für eine genauere Bestimmung der Zugangsbedingungen zum dialogischen Raum ist es notwendig, das Material der Dialogik zu bestimmen. Bedeutet Macht »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht«<sup>21</sup>, so ist das Material die ihres

---

<sup>19</sup> Vgl. WIDMAIER/WICHERT 1995.

<sup>20</sup> Vgl. HABERMAS 1992<sup>2</sup>, S. 353.

<sup>21</sup> WEBER 1922/1972<sup>5</sup>, S. 28.

Legitimitätsanspruchs entkleidete Macht. Herrscht die Verkörperung eines Autoritätsanspruchs – z.B. Rechtsform, Sitte – außerhalb des dialogischen Raumes vermittelt (z.B. legal) oder unvermittelt (z.B. traditional), so wird ihm innerhalb des dialogischen Raumes die bisher »an und für sich« legitimierende Haut vom Leibe gezogen. Dies ist es, was die Protagonisten der mit ihren Gründen im Untergang befindlichen Legitimitätsressource nötigt, den anderen Individuen im dialogischen Prozeß Statusgleichheit zuzubilligen.

Zum einen kann sich das Individuum im notwendig gleichberechtigten Zusammenhandeln als originäre Quelle von Macht begreifen, zum anderen bestimmt damit die Dialogik die Reichweite eines Konfliktes. Die anspruchsvollen Legitimationsbedingungen sind, anders als die zum Abgleich zu bringenden konkreten Konflikte, über die Zeit konstant. Eine derartige zeitliche Konstanz ist es dann, die ihre Emanzipation gegenüber einem jeweils konkreten Zusammenhang für das Individuum begründet. Der im konkreten Konflikt wurzelnde nötige Charakter stirbt in dem Maße ab, wie der Dialogik eingeschriebene Abstraktionen in den Kanon der inneren Überzeugungen der Individuen diffundieren, die bekannte Idee der Gleichheit vom Individuum mit normativem Geltungssinn aufgeladen wird. Wird sie beim Zusammenhandeln nicht mehr problematisiert, ist eine »politische Moral« etabliert. Den verinnerlichten Abstraktionen werden die Individuen auch in unübersichtlicheren Szenarien (d.h. größeren Gruppen) nachhandeln und so die bezeichnete Emanzipation beschleunigen oder stabilisieren. In diesem Sinne kann auch von einer aufsteigenden Sozialität gesprochen werden.<sup>22</sup>

Der Emanzipation der Verfahrensbedingungen werden am ehesten die Konflikte zuträglich sein, deren Reichweite aufgrund der problematisierten Verkörperung von Macht gering und deren zugehöriges Auditorium deshalb überschaubar ist, also solche in dauerhaften kleinen Gruppen. Dies deckt sich mit der Vermutung Vanbergs, der das Handeln in solchen Gruppen jedoch als sich selbst durchsetzenden Vertrag deutet, also nur eine »als ob-Solidarität« modelliert.

Tatsächlich kann aber die Handlungskoordination durch Dialog nicht durch die zur generellen Verhaltenshypothese hypostasierte individuell-utilitaristisch gewendete Zweckrationalität erklärt werden.<sup>23</sup>

---

<sup>22</sup> Vgl. für die empirische Bedeutung WUTHNOW 1994, BRAUN et al. 1997 und den Exkurs zur Selbsthilfe unter Kapitel 4.

<sup>23</sup> Vgl. WIDMAIER 1996.

Schon ein Blick auf den dem homo oeconomicus zugrundeliegenden Rationalitätsbegriff verdeutlicht einerseits, daß seine sprachlichen Äußerungen grundsätzlich perlokutionären Charakter aufweisen. Andererseits übernimmt gerade der dialogische Raum nicht die moralische, letztlich handlungskoordinierte Ausfallbürgschaft dieses ontogenetischen Defektes, wie dies etwa für den von John Rawls konzipierten »Urzustand« zutrifft.<sup>24</sup> Handeln die homines oeconomici unter der Bedingung wechselseitiger Kontingenz, so reicht das individuell unterstellte Nutzenmaximierungspostulat zur Handlungskoordination nicht aus.

Das Modell des dialogischen Raumes wird mit dem Beitrag »Der Weg vom neoklassischen zum dialogischen Paradigma in der Sozialpolitik« ansatzweise auf den Bereich der deutschen Sozialpolitik angewandt.<sup>25</sup> Der Schwerpunkt dieses Textes liegt aber in der Adaption und Reinterpretation des von Max Weber entwickelten historischen Phasenschemas, das es erlaubt, die Entfaltung des okzidental Rationalitätspotentials zu erklären. Der Befund Webers, der resultierende Kollaps der normativen und expressiven Wertsphäre<sup>26</sup>, ist allerdings zu verwerfen. Weder läßt sich das zu seinem autonom-flexiblen, d.h. postkonventionellen Bewußtsein gekommene Individuum auf die rigide Anwendung des individuell gewendeten utilitaristischen Prinzips reduzieren, noch hat das Zusammenspiel von politischer und ökonomischer Ordnung die normative Wertsphäre zerstört. Im Aufsatz »Sozialpolitik als rationale Herrschaft – Staatshilfe statt Selbsthilfe?«<sup>27</sup> stehen dann methodologische Überlegungen zum Konzept für eine Adaption des Themas deutsche Sozialpolitik im Vordergrund.

### *Ausblick*

Die Lösung konkreter sozialer Probleme sowie die direkte Erfahrbarkeit demokratischer Werte, die diesen intra- und interpersonell durch Dialogik zum Durchbruch verhilft, sind gute Gründe, den bisher »an und für sich« legitimierenden Autoritätsanspruch des status quo einer dialogischen Überprüfung auszusetzen, ihm diese legitimierende Haut

---

<sup>24</sup> Vgl. RAWLS 1975, S. 34 ff. u. S. 140 ff.

<sup>25</sup> Vgl. WIDMAIER/WICHERT 1997a.

<sup>26</sup> Vgl. WEBER 1958<sup>3</sup>, S. 320 f. u. 1920/1963<sup>5</sup>, S. 37.

<sup>27</sup> Vgl. WIDMAIER/WICHERT 1997b.

vom Leibe zu ziehen, um so einen kritischen Blick auf die bisher vor-enthaltenen Aspekte von Herrschaft werfen zu können.

Die folgenden Kapitel beschäftigen sich deshalb mit den für die Programmierung und/oder Produktion von Sozialpolitik bestimmenden gesellschaftlichen Subsystemen. Bürokratie, privates kollektives Handeln und das politische Handlungssystem werden zunächst in zweckrationaler Akteursperspektive, zumeist im Sinne der Neuen Politischen Ökonomie, mit ihrer in der wahlrationalen Komponente der Zweckrationalität individuell-utilitaristisch verengten Verhaltenshypothese analysiert. Dies geschieht unter Rekurs auf mittlerweile »klassische« Beiträge zu den einzelnen Anwendungsgebieten. Die im Anschluß daran betrachteten *innerparadigmatischen* Weiterentwicklungen sind ironischerweise letztlich von den Versuchen der theorieimmanenten Verarbeitung des Phänomens der *Transaktionskosten* bestimmt. Zum einen wird damit der »Theorie des Zweitbesten« das Feld geöffnet, welche die Abweichung »machbarer Pareto-Optima« vom *theoretischen* Ideal untersucht<sup>28</sup>, zum anderen wird die Beschäftigung mit substantiellen Präferenzen notwendig, um sie den Transaktionskosten entgegenzusetzen.<sup>29</sup> Gerade ein Argument aus der objektiven Wertsphäre, das Argument der Transaktionskosten, läßt die Notwendigkeit der Berücksichtigung ethischer und moralischer Orientierungen aufscheinen, die aber wiederum nur als objektivierte, individuell-utilitaristisch gewendete in Betracht kommen. Damit muß aber das, was die beobachtbare *Integration* der Subsysteme erklären soll, bereits auf der Ebene der Präferenzen angelegt werden und in der Produktion des Subsystems seine Entsprechung finden. Erwartungsgemäß existiert eine Reihe von Texten, die versuchen, normativen Geltungssinn aus Argumenten der Zweckmäßigkeit abzuleiten, also zwar noch als innerparadigmatische Erweiterung rubrizieren, letztlich aber den Keim des Paradigmenwechsels in sich tragen. Am Ende eines jeden Kapitels steht der Versuch, den Erkenntnisgewinn des so vorbereiteten Perspektivenwechsels zu verdeutlichen. Der wissenschaftliche Beobachter sollte sich nicht scheuen, *zunächst* den dialogischen Standpunkt eines virtuellen Teilnehmers einzunehmen. In dieser Perspektive scheiden sich der objektive, der normative und der expressive Geltungsanspruch voneinander. Es wird theoretischer Reflexion zugänglich, *wo* die

---

<sup>28</sup> Vgl. FRANK 1983, S. 273 ff.

<sup>29</sup> Vgl. HOTELLING 1929, S. 41 ff., dessen Ergebnis u.a. wesentlich auf der Annahme einer Nachfrageelastizität von Null fußt.

## Personenregister

- Acheson, K. 106, 118  
Achinger, H. 58  
Albert, H. 146  
Albrow, M. 41, 84  
Alchian, A. und Demsetz, H. 80  
Allemann, F. R. 29  
Andreae, C.-A. und Herrmann, I.  
101  
Auster, R. D. 66, 69, 76 f., 94, 113
- Bärsch, J. und Frank, J. 22  
Baier, H. 27, 219  
Bernholz, P. 42, 55, 58, 62 f., 66,  
70 ff., 92, 97, 102, 109 f., 113, 117  
Bernholz, P. und Breyer, F. 42, 70 ff.,  
92, 97, 102, 117 f.  
Bernsdorf, W. 107  
Binswanger, L. 190  
Blankart, Ch. B., 69, 91, 95, 101,  
103 f., 106, 114, 118  
Böhm-Bawerk, E. v. 197  
Böhret, C. 114, 117  
Boettcher, E. 206  
Bonus, H. 66, 119  
Bosetzky, H. 94  
Boxberger, G. 140  
Braun, H. 8, 112  
Braun, J. et al. 245 ff.  
Breton, A. und Wintrobe, R. 75,  
86 f., 104, 113  
Breton, A. et al. 88, 90  
Buber, M. 189, 217  
Buchanan, J. M. 25, 135, 205, 210
- Buchanan, J. M. und Tullock, G.  
209 f.
- Caporael, L. R. et al. 170–181  
Chisholm, D. 84–91, 100, 110  
Clark, P. B. und Wilson, J. Q. 141  
Coleman, J. S. 13 1 f.  
Cornford, J. 209  
Czada, R. 144
- Dahrendorf, R. 6  
De Bruin, G. P. 66, 96 f., 113, 118 f.  
De Jasay, A. 144 f.  
Downs, A. 22, 41, 59, 64, 68, 76, 79,  
81, 84, 87 f., 93, 105, 110  
Dunsire, A. 44, 68, 71 ff., 77, 82 f.,  
96, 103 f., 117, 119 f.
- Eichhorn, P. 98, 107  
Elster, J. 240  
Enderle, G. 108  
Eschenburg, R. 57, 66, 79 f., 86, 106,  
130 f., 206 f.
- Fehér, F. 239  
Feuerbach, L. A. 186, 188  
Frank, J. 10, 22  
Frank, R. H. 72  
Frohlich, N. und Oppenheimer, J. A.  
130  
Frohlich, N., Oppenheimer, J. A. und  
Young, O. R. 126  
Fraser, N. 239

- Gäfen, G. 219  
 Galeotti, G. und Breton, A. 198–204  
 Gann, L. H. V  
 Gaulke, J. 99  
 Geissler, H. 29, 57  
 Goldschmidt, H. L. 4, 31
- Habermas, J. 7, 17 f., 33, 35, 45 f.,  
 121, 196 f., 221  
 Hardin, R. 135  
 Hayek, F. A. v. 57, 99 f., 208  
 Henning, F.-W. 15 f.  
 Himmelmann, G. 64  
 Hirsch, J. 43, 109  
 Hirschman, A. O. 137 f., 209  
 Hitler, A. 27  
 Homann, K. 205–209  
 Homann, K. und Suchanek, A.  
 139 f., 142, 147  
 Hotelling, H. 10, 23  
 Hume, D. 217
- Institut der Deutschen Wirtschaft 42
- Jaspers, K. 188, 217
- Kant, I. 187  
 Katterle, S. 4  
 Kaufmann, F.-X. 163 f.  
 Keller, B. 24, 134 f., 137 f.  
 Kirchgässner, G. 22  
 Knoke, D. 170
- Lampert, H. 5  
 Lane, J.-E. 41, 55 f., 64, 66, 69 f., 70,  
 73, 77, 81, 83 ff., 87, 92–95, 99,  
 101, 111, 113  
 Lange, O. 204  
 Laver, M. 126, 133, 135  
 Lehner, F. 24, 70, 105, 129  
 Leibenstein, H. 69, 92  
 Leube, K. R. V  
 Lindblohm, C. und Dahl, R. 65, 147  
 Löwith, K. 188, 217
- Lohmar, U. 113  
 Lorenz, C. 54  
 Luhmann, N. 88 f.
- Maffesoli, M. 29  
 Marcuse, H. 194  
 Mayntz, R. 88  
 McLean, I. 41, 43 ff., 69 f., 73, 78,  
 101, 105, 111, 118  
 Mill, J. St. 52, 65, 68, 93, 119  
 Mises, L. v. 204, 208  
 Moe, T. M. 132 f., 141 f.  
 Moeller, M. L. 226  
 Mueller, D. C. 103, 111 f., 117 f.  
 Mueller, D. C. und Murell, P. 66, 103,  
 110, 116  
 Myrdal, G. 24
- Niskanen, W. A. 23, 44, 64 f., 69 ff.,  
 91 f., 96 f., 102 f., 106 f., 112
- Offe, C. 128  
 Offe, C. und Wiesenthal, H. 149–  
 158  
 Offermanns, M. 76, 78, 87 f., 120  
 Olson, M. und Zeckhauser, R. 125  
 Olson, M. 24, 41, 44, 54 f., 80, 90,  
 1047 123–128, 131, 140, 168 f.  
 Page, E. C. 56, 115, 118 f.
- Parkinson, C. N. 93  
 Peters, B. G. 62, 77 f., 110, 115
- Rawls, J. 9, 205  
 Ritter, J. und Gründer, K. 45  
 Rödel, U. et al. 29, 35, 211–215, 220,  
 224  
 Roppel, U. 43, 70 f., 74, 77, 92  
 Rothschild, K. W. 35, 220  
 Rourke, F. E. 63, 78, 111, 116, 119  
 Rousseau, J. J. 33, 187, 217
- Schenk, K.-E. 43, 92, 103, 106, 112,  
 116

- Schluchter, W. 13 f., 16, 18, 20, 34,  
43–54, 81, 86, 90 f., 110, 112, 118,  
143, 219
- Schmidt, I. und Schmidt, A. 69
- Schubert, K. 143
- Schumpeter, J. A. 52, 54, 57, 62, 65,  
68, 116, 191 f.
- Siebeck, G. VI
- Smith, A. 68, 204, 217
- Sorensen, R. 72 ff., 102, 106, 114 f.
- Stiglitz, J. 130
- Streck, W. 159 ff.
- Tennstedt, F. 57
- Theunissen, M. 189
- Theurl, E. 42
- Timmermann, M. 98
- Tönnies, F. 1, 186
- Tocqueville, A. de 57
- Tulloch, G. 43, 69, 73, 76, 85
- Vanberg, V. 5 f., 8, 131 f., 136
- Van Waarden, F. 137, 166–169
- Veblen, T. 128
- Wagner, R. E. 143
- Wallis, J. J. und Oates, W. E. 24
- Weber, M. 7, 9, 13, 15, 16, 25, 34, 43–  
61, 63, 67 f., 79, 85 f., 90, 98, 108,  
165 ff., 168, 219, 222, 238 f.
- Weizsäcker, V. v. 190
- West, E. G. 93–110
- Widmaier, H. P. V, 1 f., 5 f., 9, 25, 33,  
67, 116, 124, 150, 166, 190, 195,  
209
- Widmaier, H. P. und Blien, U. V, 1
- Widmaier, H. P. und Schulz-  
Nieswandt, F. 6
- Widmaier, H. P. und Wichert, Ch. V,  
1 f., 7, 9, 31
- Wiesendahl, E. 210
- Wiesenthal, H. 128, 133, 136, 140,  
160 ff.
- Wittkämper, G. W. 117
- Wuthnow, R. 8, 31, 252 f.



## Sachregister

- Anthropologie 189 ff., 217, 236  
Altruismus 41, 68  
Arbeitsteilung 15, 65, 87  
Aufsteigende Sozialität 31, 39, 237, 253
- Bewegung 244  
– Soziale Bewegung 29  
– Frauenbewegung 29, 215, 250  
– Arbeiterbewegung 27, 244, 250  
– Selbsthilfebewegung 29, 225  
Bürokratie 5 f., 10, 18, 22, 24, 26 f., 41–121, 239  
– Bürokratiemultiplikator 116  
Bürokratisierung 20, 41–121  
Bedürfnisse  
– Soziale 1, 2, 33 f.  
– Private 2, 93
- Charismatismus  
– Personalcharismatismus 14, 17  
– Amtcharismatismus 14, 17  
Cartesianismus 186
- Demokratie 6, 21, 23, 30, 33, 60 ff., 112, 191–211, 237, 240  
– Radikalisierung des  
  Demokratieprinzips 206, 211  
Dialogik 9, 11, 32–39, 186 ff., 206, 216 ff., 220–225, 243 ff.,  
– Material der Dialogik 36, 222, 256
- Dialogik als Entdeckungsverfahren  
  36, 216 f., 253  
– Modell der Dialogik 191
- Dilemmata 124  
Dilemma: Olson-Dilemma 123 f.  
– Gefangenen-Dilemma 218  
– Rationalitätsfalle 124  
– Social Dilemma 170 f., 173, 180  
– Teufel-Beelzebub-Dilemma 22 f.
- Egoistisch 129, 164, 187  
Ethik 17 f., 46, 68  
Ethik: Protestantische Ethik 17 f., 48  
Expansionsthese 54 f., 110
- Freiheit  
– Aktive 35, 37  
– Passive 35, 37  
Fuzzy Logic 182
- Geldwirtschaft 51  
Gehäuse der Hörigkeit 59, 121  
Gründerzeit 20  
Güter  
– Kollektive 22 f., 123, 127, 129 ff., 134 f., 142, 167  
– Öffentliche 42 f., 109, 209, 126, 135, 137, 167  
– Private 119  
– Selektive 130 f., 137  
– Sozialpolitische 125  
– Meritorische 42

- Herrschaft 10, 33, 49, 51, 59, 86,  
 207, 210, 238 ff.  
 – Legale 20, 53, 60, 238  
 – Feudale 14 f.  
 – Hierokratische 16  
 – Bürokratische 2, 53, 56, 62, 238 f.  
 – Charismatische 53  
 – Legitime 101  
 Hierarchie 27, 61, 66, 80, 84 ff.  
 – Amtshierarchie 50, 52  
 Homo oeconomicus 188 ff., 204 ff.,  
 216, 232  
 Hotelling-Theorem 23  
  
 Idealtypus 42, 51, 83, 116  
 Ideenswitch 234  
 Ineffizienz 23, 69, 73, 92–95, 103–  
 106, 120  
 Interessengruppen 24, 56, 107–111,  
 124 f., 147, 202  
  
 Kapitalismus 13, 17, 25, 43, 47–51,  
 60, 125, 236  
 – Betriebskapitalismus 19, 47  
 – Geist des Kapitalismus 22, 57  
 – Imperialismus 22, 67, 110, 237  
 Kollektives Handeln 207, 239  
 Kommunikation 88 f., 93, 157, 174 f.,  
 177–180, 188 ff., 214  
 Konditionierung 21, 29, 218, 237  
 Konkurrenzdemokratie 102, 197  
 Kooperation 7, 66, 133 ff., 156, 163,  
 171, 173, 176–180, 248  
 Konzentration 51, 66, 83, 109  
  
 Liberalisierung 28  
 Lösungsform  
 – Monologisch-individuelle 207  
 – Dialogische 207, 227  
 Loyalität 68, 76, 116, 137 f., 163  
  
 Marktversagen 22, 24, 65, 185  
 Medianwähler 113  
 Menschenrechte 212  
  
 Merkantilismus 204  
 Monetarisierung 1, 18, 21, 28, 57  
 Moral 10, 32, 34, 37, 190, 209, 221,  
 223, 256  
 Myrdal-Prozesse 24  
  
 Neue Politische Ökonomie 62, 64,  
 105, 192  
 Neutralitätsthese 43  
 Nirwana-Ansatz 105  
 Nutzen 89, 101 f., 142, 151, 159, 166,  
 177, 180, 191, 194, 199, 209  
 Nutzen: Erwartungsnutzen-  
 maximierung 69  
  
 Ökonomik 21, 25, 204 f.  
 – Verfassungsökonomik 25, 204 f.  
 – Neue Politische Ökonomie 42,  
 64 ff., 67, 105, 204  
 – Politische Ökonomie 62, 64, 105  
 Oligarchie 84  
 Oligopol 123, 195  
 – Parteienoligopol 195  
 Okzidentale Sonderentwicklung 13  
 Opportunistenproblem 135, 138, 140  
  
 Pan-Ökonomismus 22  
 – Imperialismus der  
 Nationalökonomie 22  
 Paradigma: Dialogisches Paradigma  
 4, 237  
 Paradigmenwechsel 29, 31, 188, 237  
 Philosophie 44, 186 ff.  
 – Cartesianische 186 f.  
 – Ich-Du-Philosophie 186  
 – Ich-Philosophie 186  
 Politischer Unternehmer 195  
 Politischer Kapitalstock 201  
 Präferenzen 2, 10, 22, 32, 66, 74 f.,  
 113, 117 f., 140, 197 f.  
 – Individuelle 75  
 – Wählerpräferenzen 108, 112,  
 197 f.  
 Prinzip 62, 162, 208, 243

- Bedarfsdeckungsprinzip 13, 15, 18, 47
- Erwerbsprinzip 13, 18, 47
- Monokratisches Prinzip 81
- Subsidiaritätsprinzip 18, 58
- Professionalisierung 137
- Protektionismus 28
  
- Rationalisierung 3 f., 14, 16, 24, 26, 30 f., 45 f., 48 f., 60, 187, 237
- Rationalität 20, 45, 50, 52 f., 69, 74, 83, 98, 100, 127 f., 133, 166, 205 f.
- Rationalitätsniveau 2–8, 17, 35, 31, 185
- Beschränkte Rationalität 74
- Ökonomische Rationalität 25
- Wertrationalität 45, 234
- Rationalitätsfalle 124
- REMM 190
- Revolution 33, 46, 218
  
- Selbsthilfe 9, 28, 33, 39, 58, 186, 189, 226 ff., 237, 243 ff.
- Selbsthilfegruppe: Selbsthilfegruppe der Arbeiter 27
- Selbsthilfegruppe 19, 31, 39, 189 f., 215, 218, 226 ff., 233 f.
- Selbsthilfe: Hilfe zur Selbsthilfe 28, 33, 39, 189, 215, 218
- Selbstorganisation V, 121, 237, 243
- Solidarität 16, 20, 28, 58, 131, 162 f., 164 f., 186, 213 f., 210, 241
- Sozialität 186 f., 241
- Sozialgesetzgebung 19, 57
- Sozialpolitik V, 5 f., 9, 16, 19 f., 25 f., 28 f., 57 f., 186 ff., 211 ff., 214 ff., 237 f.
- Demokratische Sozialpolitik 6, 186, 204, 237, 241
- Staatliche Sozialpolitik 20
- Bismarcksche Sozialpolitik 26, 211 f.
- Standardsituation 139
- Nicht-Standardsituation 139, 146
- Statusgleichheit 8, 36 f., 180, 232 f.
- Steuerungsmedium 17, 185
  
- Tarifpolitik 129
- Typologie 75 f., 124, 166, 246
  
- Überschußwirtschaft 15
- Unsichtbare Hand 68
  
- Verrechtlichung 28, 56 f., 58, 81
  
- Wahlbeteiligung 199, 202 f.
- Weimarer Republik 20, 28
- Weltbildstrukturen 14 ff., 18, 26
- Werttheorie 204
  
- Zentralisierung 1, 18, 20, 58, 81, 84
- Zirkelschluß 71
- Zivilgesellschaft 32, 212, 218, 240, 244
- Zweckrationalität 3 f., 8 ff., 13, 18, 21 f., 45 ff., 67, 235